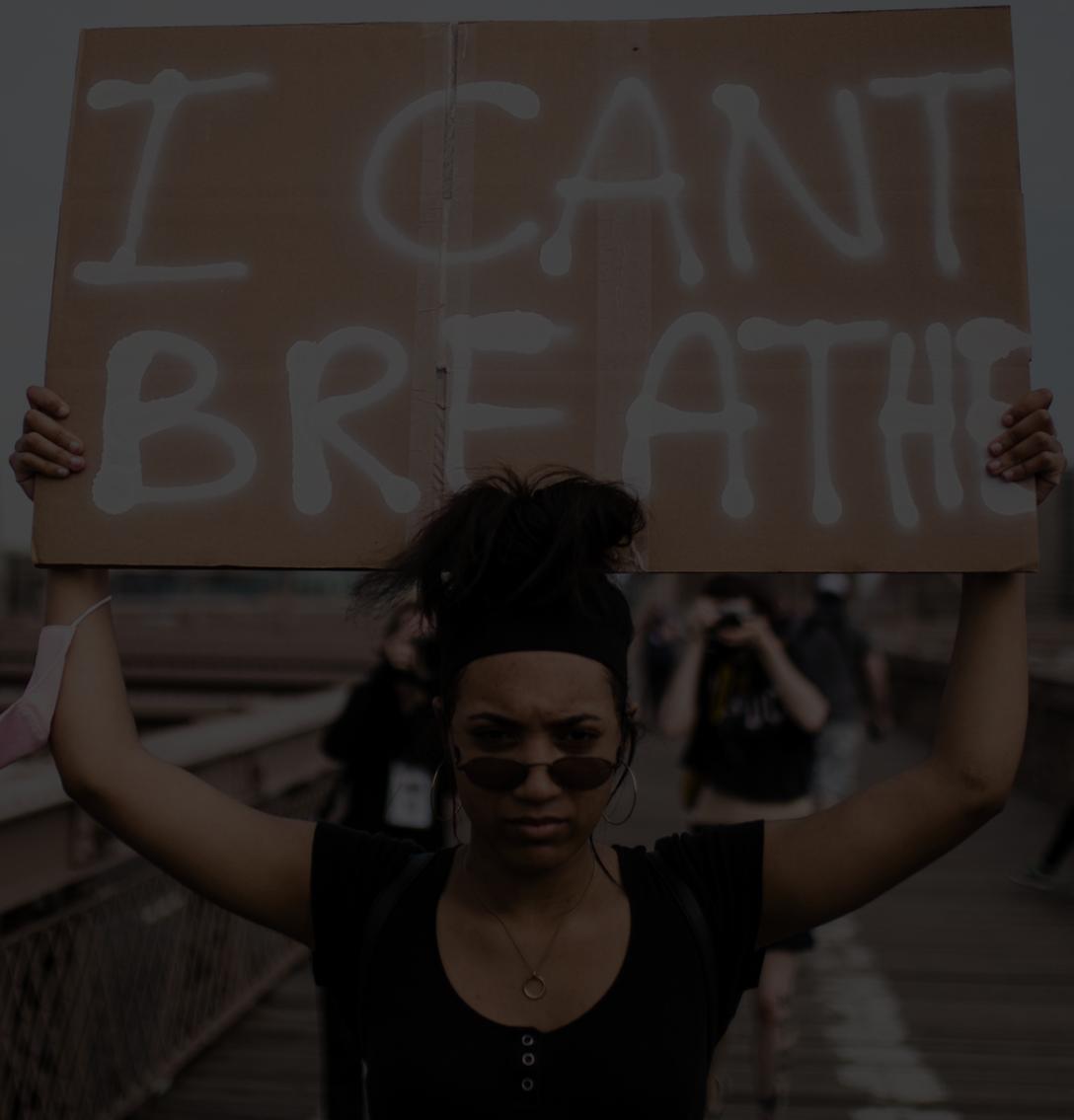


ISSUE NO. 7 | NOVEMBER 2020

JUNGSOZIALIST*IN

Verbandsmagazin Jusos Nord-Niedersachsen

(Anti-)Rassismus



Inhalt

5

Grußwort des Bezirksvorsitzenden

Moin, Moin

6

Der neue Bezirksvorstand 2020-21

8

von Lasse Rebbin, Bezirksvorsitzender Jusos Nord-Niedersachsen

Erstmal ein Hufeisen schmeißen

10

Gastbeitrag von Hanna Reichhardt, stellv. Juso-Bundesvorsitzende

Zwei Verluste von Fraktionsstatus machen ...

13

Gastbeitrag von Aicha Akermi, Co-Sprecherin Jusos Südpfalz

Rassismus ist ein strukturelles Problem ...

18

Gastbeitrag von Niklas Gerlach, stellv. Landesvorsitzender Jusos Sachsen-Anhalt

Partystimmung in der Adam-Kuckhoff-Straße ...

24

von Fynn Hinck, koopt. Mitglied im Bezirksvorstand

Buchempfehlung



25

von Belana Schwarz, stellv. Bezirksvorsitzende

Rezension zur Dokumentation Rechts. Deutsch. Radikal.

28

von Lasse Rebbin, Bezirksvorsitzender

Bericht zur Bezirksdelegiertenkonferenz 2020

30

Gastbeitrag von Laura Baumgarten, Autorin von @FrauAbgeordnete

Der Kampf gegen Rechts ist in der DNA der SPD ...

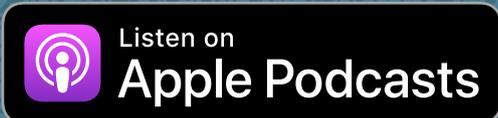
37

Informationen vom Bezirksvorstand

38

Impressum

ALLE ZWEI WOCHEN
EINE NEUE FOLGE BEI
DEINEM
STREAMINGDIENST!





Moin, Moin

Moin, Moin!

Nach langem Warten konnten wir unter einem strengen Hygienekonzept im September endlich unsere Bezirksdelegiertenkonferenz durchführen. Schon bereits vor der BDK haben wir festgelegt, dass anschließend ein Verbandsmagazin zum Oberthema Antirassismus und Antifaschismus entstehen soll, welches ich euch nun voller Freude vorstellen darf.

Die stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos, Hanna Reichardt, kommentiert in dieser Ausgabe die Auflösung von AfD-Fraktionen in drei Landesparlamenten. Außerdem erläutert uns Aicha von den Jusos Rheinland-Pfalz warum der Kampf gegen strukturellen Rassismus nicht ohne Antikapitalismus auskommt. Niklas, stellvertretender Vorsitzender der Jusos Sachsen-Anhalt, berichtet uns über die erfolgreiche Verdrängung eines Hauses der Identitären Bewegung in Halle. Natürlich dürfen aber auch altbekannte Formate, wie die Rezensionen nicht

fehlen: Belana aus dem Bezirksvorstand hat sich für uns die ProSieben Dokumentation „Rechts. Deutsch. Radikal.“ angeguckt und rezensiert.

Auch eine Buchrezension von unserem kooptierten Vorstandsmitglied Fynn zu dem Buch Gegensteuern. Für eine neue Wirtschaftspolitik gegen Rechts findet ihr in diesem Magazin. Weiterhin hat Laura etwas über den Kampf gegen Rechts in der SPD in den 1920er und 1930er Jahren und warum Antifaschismus zur DNA der SPD und der Jusos gehören muss, für uns aufgeschrieben. Für dieses Verbandsmagazin habe ich mir nochmal das sogenannte Hufeisenmodell angeschaut und aufgeschrieben, warum dies Humbug ist. Außerdem stellen wir euch in diesem Heft den neu gewählte Bezirksvorstand vor!

Wir wünschen allen Leser*innen viel Spaß bei der Lektüre!

*Mit jungsozialistischen Grüßen
Lasse*

DER NEUE BEZIRKS

Vorsitzender



Lasse Rebbin, 20
UB Rotenburg

Antifaschismus, Internationalismus,
Vernetzung und inhaltliche Koordinierung,
Vertretung gegenüber SPD

Geschäftsführerin



Katharina Brumme, 19
UB Stade

Orga, Orga und Durchführung von
(Online-)Seminaren, Bau- und Wohnungs-,
Verkehrs- und Umweltpolitik, ländlicher Raum

Stellvertretende Vorsitzende



Mattheus Berg, 19
UB Cuxhaven

Wirtschafts- und Finanzpolitik,
Sozialpolitik, Umweltpolitik und
Social Media



Belana Schwarz, 20
UB Heidekreis

Ausbildungs- und Bildungspolitik,
Familienpolitik, Pflegepolitik,
Feminismus, Frauenvernetzung,
Verbandsmagazin

VORSTAND 2020-21



Jan-Felix Hölling, 18
KV Osterholz

Antifaschismus, Innen- und
Sportpolitik, Sozialpolitik,
Verbandsmagazin



Kirsti Elle, 18
UB Cuxhaven

Feminismus, Verkehrspolitik,
ländlicher Raum, Antifaschismus,
Bildungspolitik, Erklärvideos

Kooptiert



Jonas Pagels, 22
UB Rotenburg

Internationalismus, Außen- und
Sicherheits-, Digital- und
Energiepolitik und NoNie.FM-
Podcast



Fynn Hinck, 21
UB Stade

Internationalismus, Sozialismus,
Wirtschafts- und Finanzpolitik,
Umwelt und Erklärvideos

ERSTMAL EIN HUFEISEN SCHMEISSEN

Über das gefährliche Weltbild, dass uns das Hufeisenmodell vermittelt. von Lasse Rebbin

Lasse Rebbin (*2000) ist seit 2019 Bezirksvorsitzender der Jusos Nord-Niedersachsen und studiert Politikwissenschaft (B.A.) mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen an der Leibniz Universität Hannover.

Wir alle haben es irgendwo schon mal gehört und gelesen. Ob in der Kneipe, der Uni oder Politik-Talkshows: Das sogenannte Hufeisenmodell ist überall präsent und verbreitet unter dem Deckmantel vermeintlich (politik)wissenschaftlicher Erkenntnisse ein Verständnis von politischen Spektren und Parteien, dass nicht nur von aktuellen politischen Ereignissen längst widerlegt wurde, sondern auch gefährlich ist. Mit diesem Artikel möchte ich darstellen, warum das denkfaule Hufeisenmodell endlich aus der politischen Debatte ausgeschlossen gehört und welche fatalen Folgen das einfache Weltbild, was es vermittelt, hat.

Aber was ist das Hufeisenmodell überhaupt? Es ist ein beliebtes Modell zur Darstellung von politischen Parteien oder Spektren, das davon ausgeht, dass sich zwischen zwei Extremen an den Rändern eine politische Mitte befindet. Das Ganze wird durch ein Hufeisen dargestellt, wodurch bereits in der Darstellung die Problematik deutlich wird. Das Hufeisenmodell konstatiert eine feste, nicht näher definierte politische Mitte, die von zwei bösen Extremen bedroht wird: dem Rechtsextremismus und dem Linksextremismus. Auch hier findet sich keine nähere oder erst differenzierte Betrachtung,

sondern es wird pauschalisiert und ohne Kontext eingeordnet. Was sagt uns das über das Hufeisenmodell? Durch meine vorherigen Ausführungen ist hoffentlich deutlich geworden, dass dem Modell zuallererst ein sehr vereinfachtes Verständnis von Politik zu Grunde liegt.

Die sogenannte politische Mitte gibt es nämlich nicht. Politische Einstellungen sind wesentlich differenzierter und diverser, als das Hufeisenmodell uns glauben lassen will. An dieser Stelle könnte eingewendet werden, dass ein Modell immer zur vereinfachten Darstellung von Sachverhalten genutzt wird. Aber selbst dann entpuppt sich das Modell als realitätsfern. Am Beispiel der Gegenüberstellung von „Links- und Rechtsextremismus“ wird das besonders deutlich. Seinen Ursprung hat das Hufeisenmodell nämlich bei Deutschnationalen der Weimarer Republik, wie Daniel Keil in einem Artikel nachgewiesen hat. Während diese Information eher wenig bekannt ist, wissen viele, dass das Hufeisenmodell oft von



Vertreter*innen der Extremismustheorie propagiert wird und damit einen vermeintlich (politik)wissenschaftlichen Anstrich erhält. Die Annahmen, die der Extremismustheorie zu Grunde liegen und sich bis in die Sicherheitsbehörden ziehen, müssen dringend kritisiert werden. Verkürzt dargestellt geht die Extremismustheorie nämlich davon aus, dass die sogenannte politische und demokratische Mitte von rechts und links GLEICHERMAßEN bedroht wird. Alles, was nicht der politischen Mitte zugeordnet wird, ist entweder „links- oder rechtsextrem“ und muss bekämpft werden – so die Logik der Extremismustheorie.

Eine Gleichsetzung dessen widerspricht nicht nur der Realität in der wir leben, sondern ist auch frei von jeder Logik und menschlicher Empathie.

Ein solches Verständnis von Demokratie führt einerseits dazu, dass völlig außer Acht gelassen wird, dass Rechtsradikale mit ihrer Ideologie klar antidemokratisch und menschenverachtend (Rassismus, Antisemitismus uvm.) ausgerichtet sind, während linke Gruppierungen fast immer hinter einem klaren Bekenntnis gegen jede menschenfeindliche Ideologie stehen und dieses Bekenntnis auch offensiv verteidigen. Das drückt sich zum Beispiel darin aus, dass es beinahe unzählige rechtsterroristische Morde in Deutschland gab und immer noch gibt, während linke Gewalttaten sich oft gegen Gegenstände und eben nicht gegen Menschen richten. Auch das muss man nicht gutheißen, aber eine Gleichsetzung dessen widerspricht nicht nur der Realität in der wir leben, sondern ist auch frei von jeder Logik und menschlicher Empathie. Ich könnte jetzt unzählige tagesaktuelle Beispiele aufzählen (Hanau, Halle, der Mord an Walter Lübcke), aber ich denke, dass das an dieser Stelle nicht nötig ist. Wir alle haben die schrecklichen Bilder und Ereignisse vor Augen.

Das Verbreiten der Extremismustheorie und des Hufeisenmodells nutzt dabei vor allem den Rechtsradikalen. Es ist quasi unmöglich eine politische Talkshow zum Thema „Neue Rechte“ zu gucken ohne, dass sich nicht mindestens eine Person findet, die meint klarstellen zu müssen, dass man rechte und linke Gewalt gleichermaßen ablehnen und bekämpfen müsse. Den Sinn hinter einer solchen Aussage muss man nicht verstehen, aber die Wirkung ist gefährlich. Durch die ständige Gleichsetzung von rechts und links delegitimiert man einerseits legitimen und bitter notwendigen antifaschistischen Protest und verharmlost andererseits die gefährliche Ideologie von rechten Gruppierungen. Außerdem verfallen viele der Überzeugung, dass man „den Rechten“ ja nur ein paar politische Angebote machen müsse (zum Beispiel eine restriktive Geflüchtetenpolitik), um sie wieder zurück zur sogenannten politischen Mitte zu holen. Dass dieser Gedanke mehr als naiv und die Umsetzung dessen mehr als gefährlich ist, beweisen unzählige soziologische Studien.

Das Hufeisenmodell mit der zu Grunde liegenden Extremismustheorie wird schon lange von Wissenschaft und linken Gruppierungen kritisiert. Trotzdem sehen wir uns immer wieder mit beidem konfrontiert. Deshalb ist es umso wichtiger jeder Gleichsetzung von linken und rechten Gruppierungen lautstark zu widersprechen. Gerade durch schreckliche aktuelle Ereignisse sollte uns allen klar sein, wo unsere Feind*innen stehen. Das Hufeisen und die Extremismustheorie sind, wie der Titel eines Sammelbandes verlauten lässt, was ich an dieser Stelle dringend empfehlen will: Extrem unbrauchbar!

Quelle:

Berendsen, Eva, Rhein, Katharina, Uhlig, Tom David (2019): Extrem unbrauchbar: Über die Gleichsetzung von links und rechts, Verbrecher Verlag: Berlin.

Zwei Verluste von

Fraktionsstatus machen

noch keine

antifaschistische

Gesellschaft.

Ein Kommentar.

VON HANNA REICHHARDT

Hanna (*1994) ist in die SPD eingetreten, weil meckern ihr noch nie gereicht hat. Sie will emanzipatorisch mitbestimmen, sich für die Interessen der Vielen über die eigenen Grenzen hinaus einsetzen und wichtige jungsozialistische Positionen erstreiten. Hanna studiert Internationale Studien/Friedens- und Konfliktforschung an der Goethe-Universität Frankfurt. Sie hat sich in unterschiedlichen Funktionen auf Unterbezirks-, Bezirks- sowie Landesebene bei den Jusos und in der SPD vielfältig und erfolgreich einbringen können. Im Bundesvorstand ist sie für die Bereiche Antifaschismus, Feminismus und Gleichstellung, Europa und Internationales, Familie und Jugend sowie Migration und Integration zuständig.

Antifaschistischer Kampf ist zuallererst erstmal vielfältig. Vielfältig in seinen Wirkungsebenen, d.h., dass es diesen bspw. auf regionaler, kommunaler, landes- und bundesweiter Ebene benötigt, damit er auch sein Ziel erreicht. Aber er ist auch vielfältig in den Möglichkeiten. Antifaschistischer Kampf findet im Alltag, auf der Straße, im Netz, aber eben auch leider in unseren Parlamenten statt, solange Faschist*innen in diesen versuchen unsere Demokratie abzuschaffen.

Gleich zwei AfD-Fraktionen verloren ihren Fraktionsstatus.

Letzte Woche schien eine gute Woche für den antifaschistischen Kampf gewesen zu sein. Gleich zwei AfD Fraktionen verloren ihren Fraktionsstatus. In den sozialen Medien wurden diese Ereignisse fast feierlich geteilt.

Zunächst ein Blick nach Niedersachsen. Die bisherige AfD-Fraktionschefin sowie zwei weitere Fraktionsmitglieder verließen ihre Fraktion. Die Konsequenz war, dass die AfD ihren Fraktionsstatus verlor, da die übrigen Abgeordneten damit weniger als 5% des Parlaments bildeten. Aber auch in Schleswig-Holstein konnte man ähnliches beobachten. Ein AfD Abgeordneter beendete seinen Redebeitrag mit der Ankündigung, dass dies seine letzte Rede als Mitglied der AfD Fraktion und als Mitglied der AfD überhaupt gewesen sei. Auch damit verbleiben drei Abgeordnete der AfD im Landtag von Schleswig-Holstein. Zu wenig, um den Fraktionsstatus zu behalten.

Erst vor kurzem rühmte sich die AfD damit, dass sie endgültig in allen Parlamenten vertreten sei und nun mit ihrer staatszersetzenden Arbeit beginnen würden. Der unter Parteiljubel getätigten Aussage Gaulands „Wir werden sie jagen“ bleibt bei diesem Gedanken schallend in unseren Ohren.

Mit dem Verlust des Fraktionsstatus verlieren nun beide AfD-Fraktionen u.a. viele Fördergelder und große Teile der parlamentarischen Mitspracherechte. Es versteht sich fast von selbst, dass dies natürlich auch der internen Parteistrategie der AfD – also den bürgerlichen Anstrich wahren, während unsere parlamentarische Demokratie von innen heraus zerstört und zu zersetzt werden soll – einen Strich durch die Rechnung macht. Ohne Fraktionsstatus fehlen der Partei nun maßgeblich Instrumente um ihr Ziel zu erreichen. Natürlich ist das also ein Grund zur Freude für Antifaschist*innen, die tagtäglich für den Erhalt unserer Demokratie und gegen die AfD kämpfen.

Aber wenn man ein bisschen weiter schaut und die Geschehnisse in einen anderen Kontext setzt, dann ergibt sich noch ein weiteres, vielleicht nicht nur positives Bild. Wer mehr



als nur die Schlagzeilen der auf Twitter geteilten Artikel gelesen hat, ist oft darauf gestoßen, dass die präsenten Austritte aus Partei und Fraktionen im Zusammenhang mit internen Machtkämpfen der AfD zu tun hat. Aber was bedeutet das genau? Um nicht komplett den Rahmen dieses kurzen Kommentars zu sprengen, lediglich eine kurze Kontextualisierung: Die AfD befindet sich seit Jahren in internen Machtkämpfen, bei denen der sogenannte „Flügel“, für den der Faschist Björn Höcke wohl der bekannteste Vertreter sein mag, maßgeblich um Macht und Einfluss streitet. Der „Flügel“ ist der radikal rechte, menschenverachtendste, faschistischste, nationalistischste, geschichtsrevisionsstischste Teil der AfD. Seit Jahren kann man immer wieder, pointiert, aber stetig, Machtkämpfe beobachten, bei denen der „Flügel“ mehr und mehr an Einfluss gewinnt und somit die weitere Richtung der

Partei mehr und mehr bestimmen kann. Das reicht von präsenten Parteivorstandswahlen bis hinein zu kleinen Ortsvereinen. Während sich von extrem Rechten Gruppen, Antisemit*innen und gewaltbereiten Rechten nicht distanziert wird, verschärfen sich weiter die Stimmen und Forderungen der Partei und deren Vertreter*innen. Die AfD befindet sich seit ihrer Gründung in einer Radikalisierung [LR1]. Auch bei unserem Beispiel aus dem niedersächsischen Landtag ist dieser Prozess zu beobachten. Die dortige AfD Fraktion zerbrach in Folge von Parteivorsitzwahlen, bei denen ein Flügel-naher Vertreter gewann.

Während einige antifaschistisch Aktive nun sicherlich sagen, dass diese Radikalisierung endlich dazu führen würde, dass alle Menschen wissen würden, wen genau sie dort wählen und es eben nichts mehr mit angeblichen Protest zu tun haben darf oder kann, sodass dann die AfD nach weiteren Wahlen ja sicherlich wieder von der politischen Bildfläche verschwinden würde und somit jegliche Entwicklung in die radikalisierte Richtung in diesem Sinne „positiv“ zu bewerten wäre, dem lege ich einen Blick in die Zustimmungswerte der AfD nahe.

Im Gegenteil der zuvor getätigten Annahme, die mir leider häufiger über den Weg läuft, bleiben die Zustimmungs- und Umfragewerte der AfD nicht nur stabil, sondern sie steigen zum Teil weiter. Die derzeit zunächst temporär zu bewertenden Einbrüche der Umfragewerte der AfD durch die Corona-Krise lasse ich hier außen vor. Zu beobachten ist, dass Rassismus maßgeblich für die Zustimmung und Unterstützung der AfD bleibt. Je höher die Ausländerfeindlichkeit bei Menschen, desto höher ist die Zustimmung zur AfD.[1]

Wer dazu die Mitte-Studien der letzten Jahre kennt, weiß, dass Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus bis tief in unsere Gesellschaft hinein vorhanden sind. Das Wähler*innenpotenzial der AfD liegt ihnen gesellschaftlich auf dem Silbertablett serviert.

Die Diskursverschiebung nach rechts, alle „Das wird man ja noch sagen dürfen“, jedes „Ich bin ja kein Nazi, aber..“ mobilisiert dieses Potenzial nur.

Wer also denkt, dass die Radikalisierungsprozesse, somit auch die Parteiaustritte oder Fraktionsstatusverluste, automatisch dazu führen, dass wir endlich wieder auf dem Weg zu einer demokratischen Normalität ohne faschistische Partei in unseren Parlamenten seien, der kann schnell irren. Bevor wir nun den ersehnten Untergang des Faschismus in unserer Gesellschaft feiern, sollten wir unseren antifaschistischen Kampf nicht zu schnell wieder ruhen lassen.

Und wieder einmal mehr zeigt sich an dieser Stelle die Dringlichkeit für demokratische und antifaschistische Aufklärungs- und Bildungsarbeit.

Klar, die kleinen positiven Ereignisse müssen gefeiert werden. Sie motivieren für den weiteren Kampf gegen die AfD und den Faschismus, aber wir sollten uns davor hüten sie mit dem Erreichen einer konsequent antifaschistischen Gesellschaft gleich zu setzen. Denn solange das Wählerpotenzial der AfD - Rassismus, Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit, Nähe zu Autoritarismus - in unserer Gesellschaft hohe Zustimmung haben, können wir nicht von einer antifaschistischen und somit demokratischen Gesellschaft sprechen. Und wieder einmal mehr zeigt sich an dieser Stelle die Dringlichkeit für demokratische und antifaschistische Aufklärungs- und Bildungsarbeit. Damit Antifaschismus nicht immer nur Schadensbegrenzung sein muss, sondern nachhaltig unsere Demokratie verteidigen und voranbringen kann.

[1] https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01c.595120.de/diw_spe975.pdf.
[LR1] Hier könnte in einem Nebensatz die AfD Niedersachsen erneut als Beispiel genannt werden, da die Fraktion sich als Reaktion auf die Wahlen zum Parteivorsitz, bei der ein Flügel-naher Vertreter gewählt wurde, aufgelöst hat.

RASSISMUS IST EIN STRUKTURELLES PHANOMEN - ALSO NIEDER MIT DEN STRUKTUREN!

WARUM ANTIRASSISMUS ANTIKAPITALISMUS HEISST.

von Aicha Akermi



Mein Name ist Aicha Akermi, ich bin 20 Jahre alt und aus dem Juso-Landesverband Rheinland-Pfalz. Ich studiere im ersten Semester „Ökonomie - Nachhaltigkeit - Transformation“ im BA an der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung und bin seit letztem Jahr Gemeinderatsmitglied in meiner Ortsgemeinde. Ich bin Co-Sprecherin des Juso-Unterbezirks Südpfalz und beschäftige mich persönlich gerade besonders mit den Themen sozial-ökologische Transformation, Ökonomie, Antirassismus und Antifaschismus.



Wir leben in Deutschland offensichtlich in einem sehr weißen Land. In ganz Europa, auch darüber hinaus, verspüren wir eine weiße Dominanz, auch als „white supremacy“ bekannt.

Wer hier nicht weiß ist/aussieht, bekommt das auch zu spüren. Meine Mama ist zwar Deutsche und meine gesamte Familie mütterlicherseits kommt aus dem Dorf, in dem wir auch noch heute leben, dennoch bekomme ich wegen meines „nicht-deutsch“ klingenden Namens oder meiner nicht ganz so weißen Hautfarbe Steine in den Weg geworfen, die mich über mich und meine Identität ins Grübeln bringen. „Du bist doch nur halb-deutsch!“ bekomme ich zu hören. Ich empfinde es als ein unbefriedigendes Gefühl, nur als Hälfte wahrgenommen zu werden. Man wird nicht als vollwertige Person gesehen und eine deutsche Herkunft scheint vermeintlich höheren „natürlichen“ Wertes. Noch blöder scheint es aber, wenn man mit der anderen vermeintlichen Hälfte nicht besonders viel verbinden kann, bis auf die Herkunft eines Elternteiles und einige Urlaubsaufenthalte. Und überhaupt, was sagt die Herkunft eines Menschen bzw. der jeweiligen Eltern eigentlich über eine Person aus? Eben, nichts wesentliches, eigentlich.

Als Person mit sogenannter Migrationsgeschichte muss man sich in Deutschland nicht nur Fragen über die eigene Identität stellen, man muss sich

ständig fragen, wie man „trotz Migrationsgeschichte“ nach den eigenen Wünschen leben kann. Sprich, wie erhalte ich den Job, die Wohnung oder die Möglichkeit, meine Meinung zu äußern?

Da Rassismus ein strukturelles Phänomen ist, sind einzelne „Aufstiegserzählungen“ zwar individuell recht schön, insgesamt dennoch unbefriedigend.

Schauen wir uns mal genauer an, wer in Deutschland besonders privilegiert und damit besonders mächtig und einflussreich ist. Wir leben in einer weißen, cis-heteronormativen, patriarchalen Gesellschaft, damit sind besonders weiße cis-Männer privilegiert und werden öffentlich am stärksten repräsentiert. Diese Strukturen erkennt man auch in der Verteilung der Vermögen in Deutschland. Von allen Millionär*innen in Deutschland weisen gerade mal 14% [1] einen sogenannten Migrationshintergrund auf. Das sieht man aber auch in der Besetzung bestimmter Posten, bspw. im Deutschen Bundestag [2], in allen möglichen Vorständen und dergleichen. Weder in der Wirtschaft, noch in der Politik werden (besonders nicht-weiße) Migrant*innen ausreichend repräsentiert – und das obwohl wir etwa 26% [3] der deutschen Gesellschaft ausmachen.

Dieser Zustand manifestiert diskriminierende Strukturen auch mental, sowohl bei den Betroffenen, als auch bei dem Rest der Gesellschaft. So wird tagtäglich ein Status quo gesichert, der Privilegien weiter ausbaut und Diskriminierte „unten“ hält. Denken wir beispielsweise an die Kontexte, in denen der Begriff „Migration“ verwendet wird. Dieser Begriff wurde öffentlich dermaßen negativ ausgeschlachtet, sodass sich bei der großen Mehrheit ein negativ konnotierter Frame [4] (Denk- und Deutungsrahmen) verinnerlicht hat. Und so geht es mit vielem. Innerhalb dieser Strukturen, in denen Rechtsextremismus systematisch ignoriert oder gar verharmlost und befördert wird (Stichwörter: „AfD“, „NSU“, Hanau, Halle, ...), antimuslimischer Rassismus als vermeintliche „Islamkritik“ durchgeht und auch nach fünf Monaten nach der Ermordung George Floyds es immer noch Menschen gibt, die „All Lives Matter“ skandieren oder BLM als Trend verstehen, braucht es ein wirkliches, gesamtgesellschaftliches Umdenken. Und es braucht noch mehr. Es braucht ein Hinterfragen dieser Strukturen und einen aktiven Umbau des Systems.

Nach der Theorie der Intersektionalität [5] gibt es drei Strukturkategorien, die unser „Miteinander“ (eher Gegeneinander) prägen: „Race, Class and Gender“ (Rassifizierung/Ethnizität, Klasse und Geschlecht). Rassismus muss also vor

allem auch intersektional betrachtet werden. Wer von Rassismus betroffen ist, ist häufig auch von Armut und klassistischer Diskriminierung betroffen. Als Migrant*in überlappen häufig Rassismus und Sexismus und so entstehen Mehrfachdiskriminierungen, die gewisse Menschen, wieder mal, „unten“ behalten sollen. Unsere gesamte Gesellschaft baut also auf ein hierarchisches „Oben-Unten“-Gefälle, auf Machtgefällen und einer immer weiter aufgehenden Schere, nicht nur zwischen Arm und Reich, sondern insgesamt zwischen Privilegierten und Diskriminierten auf. Eine wichtige Prämisse dieses Systems lautet, zwischen Menschen herrsche keine bedingungslose Gleichwertigkeit.

Nun, welche Hebel müssen wir betätigen, an welchen Stellschrauben muss gedreht werden, um an all dem etwas zu ändern? Ich möchte hier zwei miteinander verknüpfte Schritte, verkürzt, aufzeigen, die uns, meiner Auffassung nach, näher zu einer auf Gleichwertigkeit basierten Gesellschaft bringen könnten.

Damit „Nieder mit den Strukturen“ funktionieren kann, braucht es zunächst Individuen, die sich erstens selbst und zweitens ihr Umfeld kritisch ins Visier nehmen, reflektieren und Veränderungen anstoßen. Wir sind innerhalb dieser Gesellschaft alle zu einem gewissen Grad rassistisch (und sexistisch und klassistisch) sozialisiert. Der erste Schritt

muss es für jede*n von uns, die*der Teil dieser Gesellschaft ist, sein, ein Bewusstsein über diese Sozialisierung und der daraus folgenden Auswirkungen für einen selbst als auch für die restlichen Gesellschaftsgruppen zu schaffen. Aus diesem Bewusstsein müssen wiederum Taten folgen. Es reicht nicht nur gegen Rassismus zu sein. Das bringt überhaupt nichts. Es braucht antirassistische Haltung und antirassistische Aktion. Tatsächlich antirassistisch ist man aber nur, wenn man gegen jegliche strukturelle Diskriminierung vorgeht. Wenn man sich darüber im Klaren ist, eigene Privilegien erkennt, Diskriminierung sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum anprangert, Raum für Diskriminierte schafft, tatsächlich empowered wirkt, ohne als Privilegierte die Rolle der*des „white saviour“ einzunehmen, lernbereit bleibt und und und, trägt man schon einiges zu einer besseren Gesellschaft bei.

Dieser erste Schritt, der auf individueller Basis auf ein besseres und bewussteres Miteinander abzielt, benötigt zur wirklichen Entfaltung seiner möglichen Kraft aber ein tiefergehendes Verständnis über den Motor ebendieses Systems. In diesem System macht vor allem Kaufkraft mächtig und einflussreich. Wer keine monetären Mittel besitzt, hat auch kaum bis keinen Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe und ist somit

nur sehr begrenzt einflussreich. Wer also „unten“ sein soll, strukturell diskriminiert wird, wird durch Mechanismen des Systems weiter „unten“ gehalten. Benennen wir nun dieses menschenfeindliche System endlich: Kapitalismus. Nicht der Mensch steht hier im Vordergrund, sondern das Kapital. Und das soll bei wenigen angehäuft werden, genauso wie Macht. Reichtum durch Armut also, monetärer Art, aber auch was Einfluss und Entscheidungsmöglichkeiten betrifft.

Was muss also zwangsläufig der andere Schritt sein?

Genau, „nieder mit den Strukturen“, indem wir dem Kapitalismus und dem Neoliberalismus an die Wurzeln gehen. Hierzu könnten wir womöglich einen eigenständigen Text verfassen, aber in kurzen Worten: Neoliberales Narrativ der „Leistungsgesellschaft“ als Farce enthüllen, der Politik ihre Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und Gesellschaft wieder dazu befähigen in Möglichkeiten zu denken. Umbau des ökonomischen Systems. Dafür braucht es Mut, aber das ist es allemal wert! Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass dieses System auf Ungleichwertigkeit von Menschen aufbaut und Menschen Möglichkeiten zur freien Lebensgestaltung vorbehält. Wenn wir tatsächlich Antirassist*innen sein wollen, sollten wir den Wandel wagen.

Begreift meine Zeilen gerne als Impuls zum Weiterdenken, aber auch als Aufruf für mutige Lösungsansätze. Wir müssen den Status quo so nicht hinnehmen. Uns stehen alle Möglichkeiten offen.

- [1] <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61781/vermoegensverteilung>
- [2] <https://mediendienst-integration.de/artikel/abgeordnete-mit-migrationshintergrund.html>
- [3] <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/migrationshintergrund-i>
- [4] <https://www.narrativechange.org/de/toolkit/01-die-macht-von-frames-verstehen>
- [5] <https://www.bpb.de/apuz/130420/intersektionalitaet-e-t-nach-hause-telefonieren>

**SEID EUCH EURER
SELBST BEWUSST,
CHECK YOUR
PRIVILEGES, STAY
ANTIRACIST AND
ANTICAPITALIST!**



PARTY- STIMMUNG IN DER ADAM- KUCKHOFF- STRASSE

**DOCH DAS WAR
NICHT IMMER SO...**

von Niklas Gerlach

Genauer gesagt herrscht diese Partystimmung erst seit dem 20.7.2019, denn von 2017 an war diese Straße nahezu eine No-Go-Area für politisch Aktive, die sich für Demokratie einsetzten und sich gegen Rechtsextremismus stellten.

Aber von vorn...

Direkt am Campus der Philosophischen Fakultät 1 liegt die Adam-Kuckhoff-Straße 16 (AKS16).

Am 6. Juni 2017 eröffnete hier der Verein „Ein Prozent für unser Land“ offiziell ein Hausprojekt. Dieser Verein ist ein wichtiger Teil der rechtsextremen Identitären Bewegung (IB), sprich: Die IB hat direkt am Campus der Philosophischen Fakultät 1 - einem Hotspot für alternatives und subkulturelles Leben in Halle - ein Hausprojekt eröffnet.

Auch wenn die IB bis heute mal mehr mal weniger intensiv abstreitet Teil dieses Hauses gewesen zu sein, dauerte es nicht lange, bis die (Bundes)-Prominenz der sogenannten Identitären anzutreffen war.

So besuchte u.a. Mario Alexander Müller aus Delmenhorst das Hausprojekt. Der Student der Politikwissenschaft und Geschichte war zuvor bei der JN aktiv. Er war nicht nur Leiter des neu gegründeten rechtsextremen Vereins Kontrakultur Halle, sondern ist auch aufgrund verübter politischer Gewalttaten mehrfach vorbestraft. Erst Mitte 2020 musste er sich vor dem Amtsgericht Halle für einen Angriff auf Zivilpolizisten verteidigen. Ein weiterer Promi war Melanie Schmitz, oder auch „Rebellanie“, wie sie sich auf Instagram nannte. Dort konnte sie mit ihrer rechtsextremen Agitation mehrere tausend Follower akquirieren. Sie war Partnerin von Mario Müller, was so spannend zu sein schien, dass teilweise der MDR über den Beziehungsstand der beiden berichtete. Schmitz wurde vom Spiegel als das „Postergirl der Identitären“ beschrieben und als das gab sie sich auch gerne aus. So füllte sie ihren Instagram-Account mit Mächtgern-Hippie-Texten darüber, wie unterschiedlich doch alle Ethnien seien, pseudophilosophischen Texten über „Das Frau Sein“ (was in den Augen der sogenannten neuen Rechten vor allem heißt: Mutter sein) oder Texten, die beginnen mit: „WUT. IM. BAUCH.“. Im letztgenannten geht es v.a. darum, wie böse alle Linken sind, weil diese ihren Arbeitgeber aufgeklärt haben, wer da eigentlich für sie arbeitet. Aufgrund dieser Informationen habe sie schließlich ihren Job verloren, da ihr Arbeitgeber es nicht



Bildquelle: <https://www.mzweb.de/image/33624514/2x1/940/470/59fe46696923ae7e51b8a72c8ff996d5/Qu/b-12-16-rep-identitaere-haus-01.jpg>

so hip fand, das sogenannte „Postergirl“ der IB in seinem Team zu haben.

Aber auch abseits der beiden bekanntesten Rechtsextremen gab es ein Sammelsurium an sogenannten „Neuen“ und auch nicht ganz so neuen Rechten. Zu Ersteren gehört zum Beispiel Hans Thomas Tillschneider, dieser sitzt im Sachsen-Anhaltinischen Landtag und bezog kurz nach der Eröffnung der AKS 16 ein „Bürgerbüro“ im Haus der Identitären. Tillschneider ist Teil des angeblich aufgelösten Flügels in der AfD und Mitorganisator des Kyffhäusertreffens, bei dem der Flügel zusammenkam.

Zu den nicht ganz so Neuen gehört z.B. Martin Bissinger, Thaiboxer beim LaFamilia Fightclub in Halle. Dort trainierte er eine Kindermannschaft, zuvor war er aber auch Chef des III. Weg-Stützpunkts in Schwaben und an den Angriffen im links-alternativen Stadtteil Leipzig Connewitz beteiligt.

Von Anfang an war also nicht damit zu rechnen, dass diese Rechtsextremen auch nur annähernd so etwas wie gute Nachbarn werden könnten. Schnell organisierten sich jedoch Menschen aus der Umgebung zu einer Nachbar*innen-Initiative die mit verschiedenen Aktionen dafür sorgte, dass die IB in direkter Nachbarschaft keinen Fuß fassen konnte. Die Nachbarschaftsinitiative hat bspw. Proteste organisiert, mit Flyern über die Umtriebe der extrem Rechten informiert und war stets ein starker und

verlässlicher Partner des Bündnisses „Halle gegen Rechts“, welches regional und überregional dafür sorgt, dass Neonazi-Aktivitäten aufgedeckt und unterbunden werden.

Als Jusos beteiligten wir uns seit Bekanntwerden des geplanten Hausprojektes der IB stets aktiv am Gegenprotest

Als Jusos beteiligten wir uns seit Bekanntwerden des geplanten Hausprojektes der IB stets aktiv am Gegenprotest, zogen am Haus vorbei und machten klar, dass wir zu den Landstrichen in Sachsen-Anhalt gehören, wo WIR tatsächlich mehr sind. Wir veranstalteten Proteste gegen jede öffentliche Veranstaltung in der AKS 16. Zum Teil Infostände, manchmal Partys oder auch Klassiker wie Demos und Kundgebungen. Worauf jedoch immer Verlass war: extrem viele Menschen, die vorbeikamen und sich genau anschauten, wer in dieses Haus reingeht.

Durch den damit geschaffenen öffentlichen Druck und die damit zusammenhängende Aufmerksamkeit der Stadtgesellschaft schaffte es die IB nicht, über ihre eigenen Kreise hinaus zu wirken und ihr sogenanntes Leuchtturmprojekt fiel in den Schatten der Zivilgesellschaft.

Lediglich bekannte Gesichter aus der rechtsextremen Szene, wie Götz Kubitschek, Sven Liebich oder der Hallesche Umzugsunternehmer Sven

Ebert setzten sich den kritischen Blicken der Hallenser*innen aus und besuchten die Veranstaltungen der IB.

Abseits des Hauses machten die IB-Kader aber leider auch keinen Hehl aus ihrer Gesinnung. Dabei waren „Pfeffersprayverteilkaktionen“ auf dem Marktplatz noch das geringste Übel. Vor allem auf Liegenschaften der Uni Halle kam es häufig zu Übergriffen durch die Rechtsextremen. 2017 bedrohten ca. 10 Identitäre zwei Student*innen in der Mensa Harz. Eintreffende Polizei stellte bei den Identitären um Mario Müller Quarzhandschuhe, Pfefferspray und ein Klappmesser sicher. Ein Kontrakulturmitglied filmte diese Aktion. Warum die IBler am helllichten Tag in einer gut besuchten Mensa Student*innen angreifen ist klar: Repression gegenüber Andersgesinnten. Während des Angriffs gab es lautstarke Beschimpfungen wie „Zeckenschlampe“, „Linksextremist“ oder „Fotze“. Damit baute die IB von Beginn an Repression gegenüber Gegner*innen auf.

Wenige Zeit später gab es erneut einen Angriff auf das IB Haus. Wie so oft flogen Farbbeutel an die Fassade des Hauses, welche schon sehr mitgenommen aussah. Kurze Zeit später stürmten Müller und zwei weitere IB-Kader aus dem Haus. Bewaffnet mit Schildern der ehemaligen Volkspolizei, Gummiknüppeln und Pfefferspray.

Auf dem Campus suchten sie die mutmaßlichen Angreifer*innen. Als sie dachten diese ausgemacht zu haben, griffen sie sie an und hörten erst auf, als eines der beiden Opfer die Dienstwaffe zog. Sie hatten nicht die Angreifer*innen des Hauses angegriffen, sondern Zivilpolizist*innen, die gerade den Campus bestreiften.

Der letzte größere und öffentlichkeitswirksame Angriff fand im Oktober 2019, ebenfalls auf dem Steintor Campus, statt. Dort feierten, wie nahezu jeden Abend, einige Jugendliche. Danach kamen zwei Männer und wollten „mitfeiern“. Die Jugendlichen verwehrten dies und schickten die beiden weg. Kurze Zeit später kamen ca. ein dutzend Vermummte und griffen die Jugendlichen an. Bei Durchsuchungen der Polizei am selben Abend fanden die Beamten in der Adam Kuckhoff Straße 16 mehrere Skimasken und Waffen. Bis heute ist dennoch keiner der IB-Aktivisten für diesen Angriff angeklagt.

Seitdem die IB in Halle ankam, gab es ständig Übergriffe auf politisch Aktive. Dennoch hat sich eine Kultur etabliert, die der IB keinen Platz gelassen hat. Die Demokrat*innen der Stadt haben gezeigt, dass die IB keine Chance hat hier Fuß zu fassen und in der Zivilgesellschaft anzukommen.

Der Wendepunkt war ohne Frage der 20.7.2019.

Für diesen Tag mobilisierte die IB deutschlandweit. IB Promis wie Malenki (Hobbyimker und rechtsextremer YouTuber), Martin Sellner und der rechtsextreme Rapper Komplott waren in Halle zu Gast um zu zeigen, dass es ihre Heimat sei. Die geplante Großdemo konnte aber nicht mehr erreichen, als mit sehr viel Mühen den Lautsprecherwagen zu wenden.

Von allen Seiten war die IB blockiert. Angereiste IBler haben es zum Teil nicht mal aus dem Bahnhof geschafft, da in der gesamten Stadt Antifas unterwegs waren und den Nazis keinen Meter ließen. Eine Gruppe um Henry Stöckl und Sven Liebich bekam am Ende des Tages einen Platzverweis für die gesamte Stadt Halle und musste zurück nach Hause fahren. Sven Liebich hielt sich nicht daran und versuchte auf dem Marktplatz, wie so oft, eine Kundgebung stattfinden zu lassen. An diesem Tag griff die Polizei jedoch endlich hart durch und holte ihn von seinem Lieferwagen herunter.

Schon im Vorfeld musste die extreme Rechte in Halle stark einstecken. Für ihr Mobivideo klatete eine Initiative beispielsweise das geliebte TOR der Burschenschaft HLB und versenkte dies in der Saale. Auch die Fassade der AKS 16 wurde antifaschistisch umgestaltet.

Doch am 20.7. selbst konnte man zuschauen, wie die Stimmung der Nazis sekundlich schlechter wurde. Jede*r, der*die eine Kamera dabei hatte, konnte sich viele Bilder für tolle Memes sichern.



IBler am 20.7.2019 auf dem Hausdach der Adam Kuckhoff Straße Bild: <https://twitter.com/IgorMatviyets/status/1152594919187472384/photo/1>

Nach diesem Tag gab es immer mehr öffentliche Stimmen, die klar sagten, dass das Projekt gescheitert und es nur eine Frage der Zeit sei, bis sie das Haus verkaufen würden.

Viele überlegten, ob es eine Option sein könnte, wenn Antifaschist*innen das Haus kaufen würden, aber jeder Cent, den man dafür hergibt, gäbe man einem Rechtsextremen. Diese Überlegungen legte man ad acta.

Im Oktober, kurz nach dem oben beschriebenen Angriff, behauptete die IB öffentlich mit dem Angriff nichts zu tun zu haben, man sei schließlich ausgezogen. Das war die erste

Bankrotterklärung, doch ein Auszug hat bis dahin nicht stattgefunden. Dieser folgte dann jedoch am 26.05.2020. Natürlich wiederum begleitet von antifaschistischem Protest. Die Umzugswagen stellte Sven Ebert.

Am 7. Juli 2020 organisierten die Anwohner*Innen-Initiative und das Bündnis Halle gegen Rechts eine große Party anlässlich des Auszugs. Es wurde bekannt, dass das Haus verkauft wurde an eine Immobilienfirma, deren Besitzer auch aus der direkten Nachbarschaft des Hauses kommt. Dieser Tag war für Halle ein Tag zum Feiern und wird es auch immer bleiben.

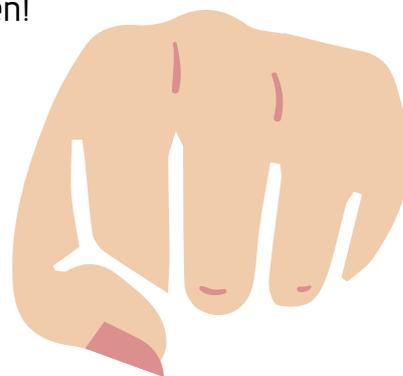
Dennoch muss man sich darüber im Klaren sein, dass ein Teil der Aktivist*innen noch immer in Halle lebt, noch immer in Halle studiert und noch immer rechtsextremistisch in Halle agiert.

Es wäre Augenwischerei, wenn wir behaupten würden, das Problem sei gelöst.

Die Verbindung zwischen Halle und Schnellroda, wo sich das IfS von Kubitschek befindet, ist schlechter geworden, es gibt keinen festen Anlaufpunkt mehr, aber Faschisten sind auch jetzt noch immer unterwegs, veranstalten immer noch Demos, Kundgebungen und versuchen Antifaschist*innen einzuschüchtern.

Wir brauchen weiter antifaschistische Gegenwehr, auch und vor allem wenn rechtsextreme Aktionen nicht in unserer direkten Nachbarschaft stattfinden.

Diese Aktionen finden aber statt und das ist Grund genug, weiter aufzustehen und das nächste Faschozentrum dichtzumachen!



Über den Autor:

Niklas Gerlach (*2000) studiert in Halle Soziologie im Bachelor. Seit 2018 ist er bei den Jusos Halle Vorsitzender. Der gebürtige

Hallenser beschäftigt sich stark mit den Themen Antifaschismus, „Neue“ Rechte und Zivilgesellschaftliche Gegenwehr, dies vorrangig in den „neuen“ Bundesländern. Er ist bei dem lokalen Bündnis Halle gegen Rechts aktiv, wo er Protest gestaltet und organisiert.

Seit Oktober ist er stellvertretender Landesvorsitzender der Jusos Sachsen-Anhalt.

BUCH- EMPFEHLUNG

von Fynn Hinck

Ein Gespenst geht um in Europa...

diesmal ist es kein Gespenst des Kommunismus. In den letzten Jahren konnten wir in den meisten Staaten Europas einen Rechtsruck erkennen, sowohl neue rechte Parteien die auf der Bildfläche erscheinen als auch bereits bestehende Parteien die eine erkennbare Veränderung zu nationalistischen Tendenzen hinter sich gelegt haben. Wenn man dies erkennt kann man sich fragen wie es zu solchen gesellschaftlichen Veränderungen kommt. Man kann dieses Phänomen nicht auf einige wenige Ursachen reduzieren wie zum Beispiel auf die Fluchtsituationen in Europa oder Immigration ohne gleichzeitig auch ökonomische Sichtweisen zu betrachten. Hier kommt das Buch von Gustav Horn ins Spiel. Gustav war Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung. Seit 2019 ist er Mitglied des SPD-Parteivorstandes. In seinem Buch Gegensteuern. Für eine neue Wirtschaftspolitik gegen Rechts analysiert Gustav Einflüsse wie den Neoliberalismus und Wirtschaftspolitik. Er legt verständlich dar, wie das Mantra des möglichst kleinen Staates und die Aufgabe der Handlungsfähigkeit von Staaten und Demokratien gegenüber Marktmechanismen zu einem Gefühl der Machtlosigkeit und Frustration in der Bevölkerung führen, welche einen Nährboden für Nationalistische und rechte Parteien bieten. Ebenfalls zeigt er wirtschaftspolitische Ideen auf, die zu einer Lösung dieser Probleme beitragen würden.

Bewertung:

Thematik	♥♥♥♥	♡
Abwechslung	♥♥♥	♡♡
Aktualität	♥♥♥♥	♡

REZENSION ZUR DOKUMENTATION

„Rechts. Deutsch. Radikal.“

„Wir können die [Migranten] nachher immer noch alle erschießen. Das ist überhaupt kein Thema. Oder vergasen, oder wie du willst. Mir egal!“

Gedächtnisprotokoll zur mutmaßlichen Aussage Christian Lüths (ehem. AfD-Pressesprecher)

Die von dem Sender Pro7 produzierte Dokumentation „Rechts. Deutsch. Radikal.“, welche Ende September 2020 auf demselben Sender erstmals gesendet wurde, beschäftigt sich mit dem aktuellen Thema „Rechtsruck in Deutschland“. Der Reporter Thilo Mischke setzt sich 18 Monate intensiv mit der rechten und rechtsextremen Szene auseinander. Mischke besucht Konzerte und Festivals des Rechtsrocks und Pegida-Demonstrationen. Er trifft in Dortmund den Rechtsextremen Michael Brück, NRW-Landesvorsitzender der vom Verfassungsschutz als demokratiefeindlich eingestuft Partei "Die Rechte". Er begleitet Sanny Kujath, ein Gesicht der rechten Jugendgruppierung "Junge Revolution" an mehreren Tagen, unter anderem auf eine Demonstration zum 75. Jahrestag der Bombardierung der Stadt Dresden.

Die Dokumentation umfasst ebenso die Rekrutierungsplattformen der Rechten, darunter

beispielsweise die Kampfsportveranstaltung „Kampf der Nibelungen“ (KDN) wie auch den Einfluss rechter Influencer*Innen zur Verbreitung rechten Gedankenguts und von Parteiinhalten. Weiterhin wird auf die politische Repräsentanz durch Parteien wie die AfD und auch Splitterparteien wie die Neuen Rechten eingegangen. Die Aufnahmen und Mitschnitte werden zwischenzeitlich pausiert. In dieser Zeit werden verschiedene Experten befragt, die in unterschiedlichen Formen Berührungspunkte mit Rechtsextremismus haben. Darunter sind etwa Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, ein Ausstiegsberater des Programms „EXIT-Deutschland“, ein Soziologe, der analysiert, wer die Wähler*Innen der AfD sind und ein Rechtsextremismus-Experte der Amadeu Antonio Stiftung.

Es ist ein guter Ansatz, Experten zu Wort kommen zu lassen. Doch meiner Meinung nach hätte diesem Teil der Dokumentation mehr Zeit gewidmet werden sollen. Insgesamt fand recht wenig Analysearbeit statt. An dieser Stelle muss positiv hervorgehoben werden, dass sich viel Zeit für die Recherche genommen wurde und auch die Art und Weise der Befragung im Umgang mit Personen des rechten Spektrums eine besondere ist. Thilo Mischke lässt den Interviewten viel Zeit zum Antworten, hört ihnen aufmerksam zu und stellt Nachfragen. Die Befragten wissen für welche Zwecke die Aufnahmen verwendet werden sollen und dennoch sind viele von ihnen recht mitteilend. Mischke verfolgt, meiner Einschätzung nach, eine gute Strategie um im Gespräch mit Vertretern der rechten bzw. rechtsextremistischen Szene Informationen zu erhalten. Dennoch wirkt es im Gesamtbild auf mich, als würde bei der Dokumentation ein vereinfachender Ansatz verfolgt werden.

Im ersten Teil der Dokumentation werden die klassischen Bilder von Neonazis gezeigt: Springerstiefel, Bomberjacken und viele Symboliken der Nazis als Tattoos. Dass diese Bilder gezeigt werden ist richtig, da sie Teil der rechten Bewegung Deutschlands sind. Doch fehlte mir der analytische Aspekt. Diese starken Bilder tragen zur Ikonisierung und Exotisierung des Rechtsextremismus bei. Mittels einer ausführlicheren Analyse hätte dies aufgebrochen werden und ein breiteres Verständnis unter den Zuschauer*Innen geschaffen werden können. Im zweiten Teil der Doku werden auch Mitglieder der rechten Szene gezeigt, die nicht den ikonischen Bildern entsprechen. Auch hier hätte ich mir gewünscht, dass der Analyse dieser Strukturen mehr Zeit gewidmet worden wäre. Dies geschah im Ansatz beispielweise durch die Erläuterung,

welche Teile der Gesellschaft die AfD wählen würden. Von solchen Analysen und Einschätzungen hätte es mehr geben können. Denn auch diese Analyse des Soziologen fiel recht knapp aus. Um ein umfassendes Bild der rechten und rechtsextremistischen Szene Deutschlands darzustellen, reicht es nicht die Aufnahmen zu zeigen und es reicht auch nicht Vertreter*Innen dieser Szene zu befragen. Die Strukturen müssen in einer Analyse aufgebrochen werden, um den Zuschauer*Innen ein breites Verständnis zu ermöglichen. Worin liegen die Gefahren für die Demokratie? Dies kann nur erahnt werden.

Durch welche Ereignisse schließt sich ein Mensch der rechten Szene an? Werden diese Personen durch ihr Elternhaus beeinflusst? Durch die Schule oder durch Foren im Internet? Welche Rolle spielt die Gesellschaft dabei und wie kann man dem entgegenwirken?

Dies alles hätte mittels einer Analyse deutlich dargestellt werden können. Auch hierbei ist der Ansatz, den ein Verfassungsschutzmitglied verfolgt und erläutert, zeitlich nicht ausreichend.

Positiv möchte ich allerdings noch einen Teil der Dokumentation hervorheben: Die Influencerin Lisa Licentia nutzte ihre Reichweite in den sozialen Medien einige Zeit, um die Inhalte der AfD zu verbreiten. Dabei wurde sie durch die AfD stark vereinnahmt. Ihre Videos und Beiträge waren oftmals emotional. Dies nutzte die AfD, um ihre Inhalte an ein größeres Publikum vermitteln zu lassen.

Schließlich kam es dazu, dass diese Influencerin sich scheinbar mehr von der AfD distanzierte und die Gelegenheit nutzen wollte, einen Einblick „hinter die Kulissen“ zu gewähren. Sie traf sich mit einem hohen AfD-Funktionär, Christian Lüth. Die Reporter von Pro7 filmten das Treffen mit einer versteckten Kamera und Lisa stellte ihnen anschließend das Gedächtnisprotokoll zur Verfügung, aus welchem das Zitat stammt, dass diesen Beitrag hier eröffnet. Bereits im Vorfeld berichtet sie von ihren Erfahrungen mit der AfD, die sich im nicht öffentlichen Raum zugetragen haben. Laut Gedächtnisprotokoll wird die bereits oben genannte Aussage getroffen, die schließlich zum Ausschluss Christian Lüths aus der Partei geführt haben soll. Auch weitere seiner mutmaßlichen Aussagen führt Lisa in ihrem Gedächtnisprotokoll auf: „Mäuschen. Du musst länger denken. Das fällt als Frau ein bisschen schwer, ne?“ Auch ist davon die Rede, dass man Deutschland „bewusst schaden“ müsse, damit die AfD „erfolgreich“ bleiben kann. Dieser Teil der Dokumentation ist für mich insofern sehr interessant, als dass ich den Eindruck habe, dass diese internen Aussagen und Aufnahmen selten bis zur breiten Öffentlichkeit vordringen. Natürlich passiert dies manchmal und man denkt sich auch seinen Teil, besonders wenn man sich die offiziellen und öffentlichen Aussagen der AfD anhört. Dennoch ist so ein Gedächtnisprotokoll, geführt von einer Person, die zu diesem Zeitpunkt noch das Vertrauen der AfD-Mitglieder besaß, bemerkenswert. Es darf nicht vergessen werden, dass es sich leider nur um ein Gedächtnisprotokoll handelt. Die vermeintlichen Aussagen passen zwar ins Bild der AfD, dennoch wäre eine tatsächliche Aufnahme besser und verlässlicher gewesen. Auch hier wäre eine Analyse wünschenswert

gewesen, um diese Aussagen und das Vorgehen der AfD in seine Einzelteile aufzubrechen. Dadurch hätte ebenfalls deutlich gemacht werden können, wie die rechte Szene strukturell funktioniert und inwieweit dies die Demokratie bedroht.

Insgesamt ist die Dokumentation allerdings sehenswert. Durch die besondere Befragungsweise und durch die Einblicke in die inoffiziellen Aussagen der AfD, die am Ende präsentiert werden, wird auf jeden Fall ein guter Eindruck in die rechte Szene Deutschlands geliefert. Auch die verschiedenen Gruppierungen der Szene und ihre Eigenschaften werden gezeigt. Wie nun bereits mehrmals erwähnt, wäre eine ausführlichere Analyse wünschenswert gewesen. Doch auch davon abgesehen, ist es zumindest möglich einen guten Überblick zu erhalten. Die kritisch gestellten Fragen bieten den Zuschauer*Innen die Chance, die Szene selber kritisch zu hinterfragen. Ich denke besonders für Menschen, die sich noch nicht so ausführlich mit der rechten Szene Deutschlands befasst haben, dies aber gerne tun würden, ist diese Dokumentation sehenswert.

von Belana Schwarz





BDK 2020

von: Lasse Rebbin

Ein Jahr ohne Bezirksdelegiertenkonferenz war für uns alle schwer vorstellbar. Nachdem wir unsere ursprünglich für März geplante Bezirksdelegiertenkonferenz leider absagen mussten, konnten wir die BDK unter einem strengen Hygienekonzept im September dann doch durchführen. Es war vieles anders: die Vorbereitung der BDK gestaltete sich als noch aufwendiger, die Antragsberatung wurde durch eine Konsens- und Dissensliste auf ein Minimum reduziert und auch die Umarmungen haben definitiv gefehlt. Trotzdem haben wir gezeigt, dass auch in Pandemiezeiten die politische Arbeit nicht einfach stehen bleibt. Es wurde ein neuer Bezirksvorstand, der in diesem Magazin auch noch ausführlich vorgestellt wird, gewählt und wir haben neben dem Arbeitsprogramm viele gute Anträge beschlossen.

Es macht mich stolz zu sehen, dass unser Bezirk in diesen schwierigen Zeiten einen ganzen Tag zusammengekommen ist, Einschränkungen in Kauf genommen und trotzdem konzentriert gearbeitet hat. Wir haben gemeinsam die Weichen für das nächste Jahr gestellt, indem wir zum Beispiel drei Jusos für den SPD Bezirksvorstand nominiert haben. Wir haben unseren Anspruch deutlich gemacht. Wir wollen Verantwortung übernehmen und den Bezirk Nord-Niedersachsen nach unseren Vorstellungen gestalten. Das alles in Pandemiezeiten ist nicht selbstverständlich, weshalb ich zum Abschluss nur danke sagen kann. Danke an Laura und Katharina für eine unglaubliche Organisation! Danke an alle, die die Konferenz auf- und abgebaut haben! Und danke an alle Delegierten, ohne die diese Konferenz so nicht möglich gewesen wäre! Es war zwar anders, aber trotzdem wie jedes Jahr ein Fest!





Der Kampf gegen Rechts ist in der DNA der SPD tief verwurzelt.

Eine unsortierte Zusammenstellung einzelner Biographien

Über die Autorin: Laura Baumgarten (*1995) studiert im Master Geschichte und legt ihren Schwerpunkt seit einiger Zeit rund um die Themen Demokratie, Reichstag, Weimarer Republik, Kaiserreich, Frauenbewegungen und Frauengeschichte. Ihre Bachelorarbeit schrieb sie über die ersten Parlamentarierinnen zwischen 1919 und 1933. Daraus entstand vor etwas mehr als einem Jahr schließlich die Seite @FrauAbgeordnete auf Instagram und Twitter. Zwischen 2017 und 2020 war sie Bezirksgeschäftsführerin der Jusos Nord-Niedersachsen.



Der Kampf gegen Rechts

“Stabil gegen Rechts!” heißt die neue Kampagne des Juso-Bundesverbandes. Als (Jung-)Sozialist*innen wie als Sozialdemokrat*innen können wir auf eine lange Geschichte zurückschauen, die schon lange geprägt ist vom Kampf gegen Rechts, gegen Nationalismus, gegen jeden Antisemitismus und gegen Anti-Feminismus. Einige - leider sehr kurze Biographien - lest ihr hier im Folgenden über den Kampf einiger Genoss*innen.

“Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!”

Als einzige Fraktion stimmte die SPD gegen das Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933. Zuvor waren bereits schon vor der Wahl am 5. März 1933 Kommunist*innen geflüchtet oder verhaftet worden. Ihre Sitze wurden der NSDAP zugesprochen. Doch trotz des Drucks von NSDAP und SA gegenüber KPD und SPD (und massenweise in Schutzhaft genommene Sozialist*innen, Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen), verfehlte die NSDAP die absolute Mehrheit.

Aber gerade weil der Druck auf die bleibenden Kämpfer*innen gegen die Nationalsozialisten so hoch war, erstaunt es umso mehr, wie die übrig bleibenden Sozialdemokrat*innen, die ihre Mandate der Wahl am 5.3.1933 angenommen.

hatten, weiter kämpften. Marie Juchacz, Toni Pfülf und 14 weitere Fraktionskolleg*innen stellten (wie zu Beginn der Wahlperioden üblich) einen Antrag auf Haftentlassung für zehn ihrer Fraktionskolleg*innen. Wissend, dass es ihre eigene Sicherheit (und die ihrer Angehörigen) verschlechterte.

Flucht als Ausweg

Marie Juchacz ist eine jener Sozialdemokrat*innen, die nach dem Ermächtigungsgesetz zunächst ins Saargebiet flüchtete und mit ihrer Arbeit bei “Neu Beginnen” begann. 1935 flüchtete sie gemeinsam mit dem Ehemann ihrer bereits verstorbenen Schwester und ebenfalls ehemaligen Reichstagsabgeordneten Emil Kirschmann ins Elsass. Nach der Besetzung Frankreichs wurden sie in den Pyrenäen interniert. Von dort flüchtete Marie Juchacz und hielt sich wochenlang in den Pyrenäen versteckt. Erst 1941 erhält sie ein Einreisevisum in die USA.



Marie Juchacz ist nicht das einzige SPD-Mitglied, das aus Deutschland flüchtete. Auch Tony Sender flüchtete. Spätestens 1933 stand sie auf den Listen der Nazis. Denn als Demokratische Reichstagsabgeordnete und als Sozialdemokratin und als Jüdin, musste sie schon früh um Leib und Leben fürchten. Sie wird später bei den Vereinten Nationen die Gewerkschaften vertreten.



Auch ein anderer, viel später erst bekannt gewordener Genosse, flüchtete aus Deutschland, wofür er später von Konservativen stets angegriffen wurde: Willy Brandt. Bevor er flüchtete, begab er sich in Lübeck in den Untergrund, verteilte Flugblätter der SAP. Im März springt er für einen bereits verhafteten Genossen ein, sich dessen bewusst, dass seine eigene Verhaftung kurz bevor steht: "Ich war vor meiner unmittelbar bevorstehenden Verhaftung gewarnt worden und musste auf Grund lokaler Gegebenheiten mit dem Schlimmsten rechnen". Anfang April besteigt der 19-jährige nur mit einer Aktentasche, aber

mit Karl Marx' Kapital (Band 1), das Schiff, das ihn nach Dänemark bringt, von wo er weiter nach Oslo flüchtet. Er bleibt dort bis er 1940 nach Stockholm fliehen muss. Der 1938 in Deutschland ausgebürgerte Brandt erhält die norwegische Staatsbürgerschaft. 1944 tritt Brandt wieder in die SPD ein. Er ist als Korrespondent der norwegischen Arbeiterpresse bei den Nürnberger Prozessen akkreditiert. Und bleibt in Deutschland. Seine Gegner*innen werden ihm zeitlebens seine Flucht und die Annahme der norwegischen Staatsbürgerschaft, seine uneheliche Herkunft sowie seine Beteiligung am Spanischen Bürgerkrieg vorwerfen.

Kurt Schumacher und der Kampf in Deutschland

Aber nicht jede*r Genosse*in wollte oder konnte flüchten. Andere blieben und kamen in sog. "Schutzhaft" in die KZs. Wie Kurt Schumacher.

Er war von 1930 bis 1933 Mitglied des Reichstags und einer der Sozialdemokrat*innen, die im März 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten, er soll sogar an der Rede Otto Wels' mitgeschrieben haben. Kurt Schumacher plädierte am 10.6. in der Reichstagsfraktion und erneut am 19. Juni auf einer SPD-Reichskonferenz für die illegale Arbeit der Partei. Die Parteiführung habe geglaubt, dass es nicht schlimmer würde als unter dem

Sozialistengesetz Bismarcks. Wie wir heute wissen: Sie werden sich irren. Und auch Schumacher sah es anders. Trotzdem blieb er in Deutschland. Seit dem 13. Juni 1933 wurde steckbrieflich nach ihm gesucht. Am 6. Juli 1933, zwei Wochen nach dem Verbot der SPD, wurde er in Berlin verhaftet. Für seine Freiheit hätte er eine Verzichtserklärung abgeben können. Tat er aber nicht: er wollte nicht auf seine politische Betätigung verzichten. Insgesamt saß Schumacher neun Jahre, neun Monate und neun Tage in den Konzentrationslager Heuberg, Oberer Kuhberg (bei Ulm), Dachau und Flossenbürg. Mehrfach soll er dort widersprochen haben, sogar in einen Hungerstreik soll er getreten sein. Am 16. März 1943 wurde er schwer krank nach Hannover entlassen, wo er bleiben musste. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wurde er erneut – wie viele Genoss*innen auch bei uns im Bezirk – inhaftiert, zunächst im Gestapo-Gefängnis, später im KZ Neuengamme bei Hamburg. Danach kam er zurück nach Hannover und blieb dort bis zur Befreiung der Stadt am 10. April 1945. Von dort aus wird er die SPD wiederbegründen – vom “Büro Schumacher” in der Jacobsstraße 10 aus.

Aufruf “zum schärfsten Kampf gegen den Nationalsozialismus” in Bayern 1930

(TW Selbstmord) Einige Sozialdemokrat*innen flüchteten sich aus sehr unterschiedlichen Gründen in den Freitod. So beispielsweise die SPD-Reichstagsabgeordnete Antonie, besser bekannt unter dem Namen Toni, Pfülf



Die 1877 im lothringische Metz geborene Lehrerin Toni Pfülf, erhielt 1907 eine Stelle als Lehrerin in München. Schon 1902 war sie Mitglied der SPD geworden. Der Auslöser für ihren Beitritt könnte ein Vortrag ihrer späteren Reichstagskollegin Clara Zetkin über die Gleichberechtigung der Frau gewesen sein. Aber auch, das wissen wir aus späteren Erzählungen, das Elend der Arbeiter*innenkinder, welches sie als Lehrerin tagtäglich sah. Sie war am 19.11.1919 eine der 37 Frauen, die in die Nationalversammlung gewählt wurde, die zunächst in Weimar tagte. Dort setzte sich die Feministin Toni Pfülf dafür ein, dass eine uneingeschränkte Gleichberechtigung von Männern und



Frauen gesetzlich zementiert wurde – sie fand dafür jedoch keine Mehrheit. Toni Pfülf war auch eine sehr versierte Bildungspolitikerin. Das noch heute vielen Sozialdemokrat*innen vertraute Prinzip von “Bildung für alle” vertrat auch sie. Sie blieb Mitglied des Reichstages bis 1933. Schon 1930 forderte sie in ihrem Wahlkreis in Niederbayern “zum schärfsten Kampf gegen den Nationalsozialismus” auf. Von 1932 ist der Bericht eines Polizisten überliefert, der festhielt, dass ihre Wahlkampfreden eine “Kampfansage an den Nationalsozialismus” gewesen sei.

Nach der Machtübernahme Hitlers im Januar 1933 verzweifelte Toni Pfülf über den ausbleibenden massenhaften Widerstand von Gewerkschaften und SPD dagegen und begann kurz danach über einen Selbstmord nachzudenken. Trotz dessen kämpfte sie im Wahlkampf zur Reichstagswahl bis zum 5.3.1933 weiterhin mutig gegen den Nationalsozialismus. Sie wurde dafür verhaftet. Danach reiste sie noch zwei Mal nach Berlin. Anfangs soll sie abgelehnt haben an der Sitzung teilzunehmen, in der die SPD gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte. Sie ließ sich von ihren Fraktionskolleg*innen aber überzeugen und nahm schließlich an der Abstimmung teil und stimmte mit der gesamten SPD-Fraktion gegen das

Ermächtigungsgesetz Hitlers. Als die SPD-Fraktion schließlich darüber diskutierte, ob sie an einer Reichstagssitzung teilnehmen sollten, in der Hitler sein Außenpolitisches Programm vorstellen würde, votierte sie erneut dagegen teilzunehmen. Sie sagte dazu: “Die Republik ist zerschlagen. Und sie wird nicht gerettet, wenn wir so tun, als habe sich nichts geändert.” Die Argumente ihrer Genoss*innen überzeugten sie dieses Mal nicht und so nahm sie an der Reichstagssitzung nicht teil. Sie fuhr stattdessen am 17. Mai 1933 mit dem Zug nach München zurück. Schon auf der Fahrt versuchte sie sich mit Schlaftabletten das Leben zu nehmen. Der erste Versuch misslang. Am 8. Juni 1933 unternahm sie dann einen zweiten Versuch. Am 12.6.1933 wurde Antonie Pfülf auf dem Münchener Nordfriedhof begraben – Trauerreden waren von der Polizei verboten worden und so durften einzig ihr Name und ihr Geburts- und Todestag verlesen werden.

Zehn Tage nach ihrer Beerdigung wurde die SPD verboten.



Antifaschismus in der SPD nach Holocaust und Krieg

Ein Fraktionsvorsitzender, der jemanden im Bundestag verprügelt? Zugegeben, erst später wurde Herbert Wehner Fraktionsvorsitzender. Der Abgeordnete der DP Hedler war schon im November 1949 aufgefallen. So behauptete er, dass die Widerstandskämpfer Schuld gewesen seien am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Diese beschimpfte er als Verräter*innen und Saboteur*innen. Über den Holocaust sagt er (und es wird hier nur wiedergegeben, weil die CDU mit dieser DP Wahlbündnisse und Koalitionen pflegte): „Ob das Mittel, die Juden zu vergasen, das gegebene gewesen ist, darüber kann man geteilter Meinung sein. Vielleicht hätte es auch andere Wege gegeben, sich ihrer zu entledigen.“ Kurt Schumacher beantragt daraufhin den Ausschluss Hedlers aus dem Bundestag. Weder Konrad Adenauer, der mit der DP koalierte, noch der Vorsitzende der DP reagierte. Der Zivilprozess endet mit Freispruch (auch die drei Richter waren ehemalige NSDAP-Mitglieder). Als Hedler schließlich am 10.3.1950 den Saal nicht freiwillig verlässt, wird er verwiesen. Mit ihm verlässt die gesamte Fraktion der DP den Saal. Statt den Bundestag nun zu verlassen, gibt er im Ruhesalon ein Interview, in dem er weiter gegen Widerstandskämpfer*innen hetzt. Dort

wird er von Rudolf Ernst Heiland (SPD) beschimpft. Mehrere SPD-Abgeordnete kommen dazu, darunter: Herbert Wehner, Alfred Gleißner und Ernst Roth. Sie zerren Hedler aus dem Ruhesalon und zerren ihn durch den Bundestag. Dabei stürzt Hedler durch eine Glastür, Wehner und Heiland werden für eine Woche von Sitzungen des Bundestages ausgeschlossen und müssen sich vor Gericht verantworten und Schmerzensgeld zahlen.

Eine letzte Anmerkung

Der Artikel ist teilweise entgegen der Chronologie aufgebaut. Wenn ihr euch für die Schicksale der SPD-Reichstagsabgeordneten interessiert, empfehle ich das Buch von Klaus Schönhoven oder von Peter Lösche, Michael Scholing und Franz Walter.

Wenn ihr mehr über die Parlamentarierinnen der Weimarer Republik erfahren wollt, würde ich mich sehr freuen, wenn ihr @frauabgeordnete auf twitter oder instagram besucht und vielleicht auch folgen mögt.

Der Artikel erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Im Gegenteil: Er soll dazu einladen, sich mehr damit zu beschäftigen. Buchtipps findet ihr im Anschluss.

- P. Lösche, M. Scholing, F. Walter: Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten
- Klaus Schönhoven: Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. Das Schicksal der 1933 gewählten SPD-Reichstagsabgeordneten.
- [https://www.ns-dokuzentrum-muenchen.de/dauerausstellung/muenchner-biographien/detail?](https://www.ns-dokuzentrum-muenchen.de/dauerausstellung/muenchner-biographien/detail?tx_ttnews%5Btt_news%5D=21&cHash=b7cfc2d0887e30d6b0f7eaaaf8f65f0d)
- https://www.ndr.de/geschichte/koepfe/brandtextil101_page-2.html

Opfer der SPD im Kampf gegen Rechts

Wir gedenken den mutigen Genoss*innen, die gegen den Nationalsozialismus kämpften und für unsere Werte von Freiheit, Gleichheit und Solidarität starben:

Clara Bohm-Schuch (Die Redakteurin der Gleichheit starb 1936 an den Spätfolgen der Verletzungen, die ihr im Frauengefängnis Barnimstraße in Berlin zugefügt worden waren.)

Johanna Tesch (Sie wurde wie viele SPD-Mitglieder nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 im Rahmen der Aktion Gitter 69-jährig verhaftet und starb im KZ Ravensbrück 1945 an Unterernährung.)

Paul Gerlach (Er wurde ebenfalls im Rahmen der Aktion Gitter verhaftet und ins KZ Sachsenhausen verbracht, dort starb er schwer erkrankt kurz nach seiner Einlieferung.)

Rudolf Hilferding (Im Juli 1933 ausgebürgert, in Zürich, ab 1938 in Frankreich. Arbeitete dort für den Exilvorstand SoPaDe. 1941 in Marseille von franz. Behörden verhaftet und an die Gestapo ausgeliefert. Am 11.2. unter ungeklärten Umständen im Pariser Gestapo-Gefängnis verstorben, auf dem Weg schwer gefoltert. Seine erste Frau wurde 1942 nach Theresienstadt deportiert und in Treblinka ermordet, sein Sohn Karl starb 1942 in einem Außenlager des KZ Auschwitz, sein Sohn Peter überlebte im Exil in Neuseeland, seine Tochter Rose flüchtete 1941 in die USA und überlebte dort.)

Dr. Julius Leber (Mitglied Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, 1935-37 KZ Esterwegen + Sachsenhausen, Arbeit im Widerstand, Verhaftung 5. 7. 1944 durch Gestapo, 20. 10. 1944 Schauprozess, Verurteilung zum Tode, Vollstreckt am 5. 1. 1945 in Berlin-Plötzensee.)

**Stellvertretend für die vielen weiteren Genoss*innen,
deren Geschichten weniger bekannt und erforscht
sind: Anton Blas, Adolf Biedermann, Minna Bollmann,
Toni Pfülf und Mathilde Wurm.**

INFOS VOM BEVO

Bisherige Podcast-Folgen:

Folge 1: Uwe Santjer, warum machst du eigentlich Politik?

Folge 2: Montagsmahnwachen damals, Coronademos heute? mit Johannes

Folge 3: Petra Tiemann, was macht eigentlich eine Landtagsabgeordnete?

Folge 4: Länderreport Kolumbien mit Frederik Burdorf und Kristin Lindemann

Bisherige Erklärvideos:

Abrufbar unter: <https://www.jusosnn.de/erklaervideos/>

No. 1: #flattenthecurve

No. 2: Wie schreibe ich einen Antrag?

No. 3: Wie schreibe ich eine Pressemitteilung?

No. 4: Gliederungen der Jusos Nord-Niedersachsen

No. 5: Antifa?

No. 6: Wahlen in den USA (als IGTV)

Derzeitige Kampagnen:

<https://www.jusosnn.de/2020/10/09/schlussmitsparen/>

Nächste Termine

28.11.2020 - Digitaler Juso-Bundeskongress

IMPRESSUM

Redaktion

Lasse Rebbin
Laura Baumgarten

Lektor*innen

Jan-Felix Hölling
Belana Schwarz

Umsetzung Design

Laura Baumgarten

Verfasser*innen

Hanna Reichhardt (Gast)
Aicha Akermi (Gast)
Niklas Gerlach (Gast)
Lasse Rebbin
Fynn Hinck
Belana Schwarz
Laura Baumgarten

Jungsozialist*in

Jahrgang 3 - 2020
Ausgabe November 2020

Herausgeber*innen

Jusos in der SPD
Bezirk Nord-Niedersachsen
Archivstraße 1
21682 Stade

Hinweise:

Die Texte und Fotos wurden mit viel Liebe und Arbeit geschrieben und gemacht. Bitte veröffentlicht davon nichts ungefragt anderswo im Internet.

Kritik, Anregungen und Themenwünsche gerne an: [jusosnn\(at\)gmail.com](mailto:jusosnn(at)gmail.com), unsere fb- oder Instagram-Seite!

Alle verwendeten Bilder, so nicht anders gekennzeichnet stammen von den Autor*innen selbst oder sind gemeinfrei und zur Verwendung freigegeben.



@jususnn



/jususnn



info@jususnn.de



NoNie FM - Der Klönschnackpodcast



jususnn.de